Mitgliederversammlung seeland.biel/bienne vom 7. Dezember 2023

Gesetz über die digitale Verwaltung: Herausforderungen für die Gemeinden

Michael Kammerbauer, Ka Schuppisser
GDV

Ziele des Referats

- Über die **Grundlagen** der Digitalen Verwaltung hören.
- Das **Gesetz über die Digitale Verwaltung** kennenlernen.
- Erfahren, was die **kantonale Schwerpunktplanung** ist und wo es weiterführende Informationen gibt.

Das Team der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV)

Michael Kammerbauer
Leiter GDV

Ka Schuppisser
Stv. Leiterin GDV

Susan Gnädinger
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Aufgaben und Rollen der GDV

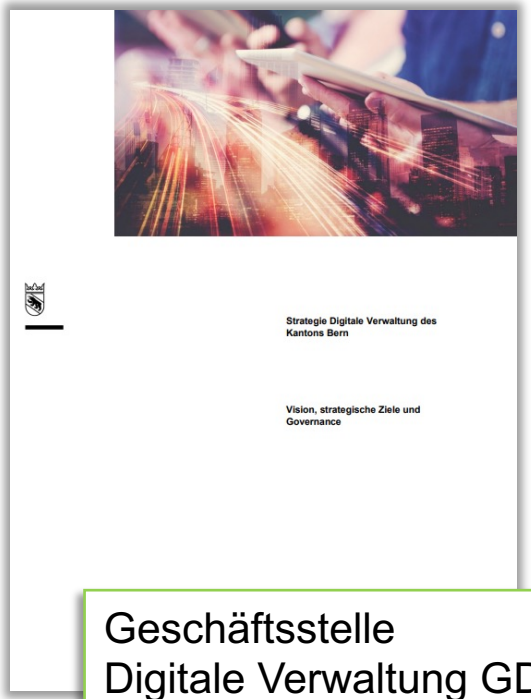
Die GDV steuert und koordiniert die gesamtkantonale Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern im Auftrag des Regierungsrates.

- Die GDV ist die **Anlaufstelle für sämtliche Fragen und Anforderungen zum Thema digitale Verwaltung**.

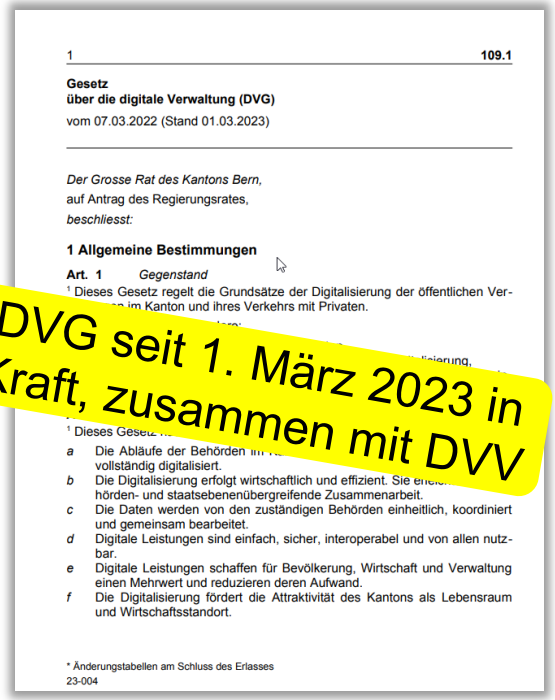
- Die GDV arbeitet eng mit DIR/STA/JUS zusammen:
  - **Vorantreiben der digitalen Transformation** in der Verwaltung.
  - Anbieten von digitalisierungsbezogene **Beratungs- und Unterstützungsleistungen**.
  - Erarbeiten der **Schwerpunktplanung, identifizieren von Vorhaben** mit Multiplikationspotential und **initiieren zentraler Projekte**.

- Sie übernimmt Aufgaben an den **Schnittstellen in der Kantonsverwaltung** sowie **zwischen Kanton und Gemeinden, Kanton und anderen Kantonen** und **Kanton und Bund**.

Digitale Transformation im Kanton Bern



Geschäftsstelle
Digitale Verwaltung GDV


1 109.1

Gesetz
über die digitale Verwaltung (DVG)
vom 07.03.2022 (Stand 01.03.2023)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,
auf Antrag des Regierungsrates,
beschliesst:

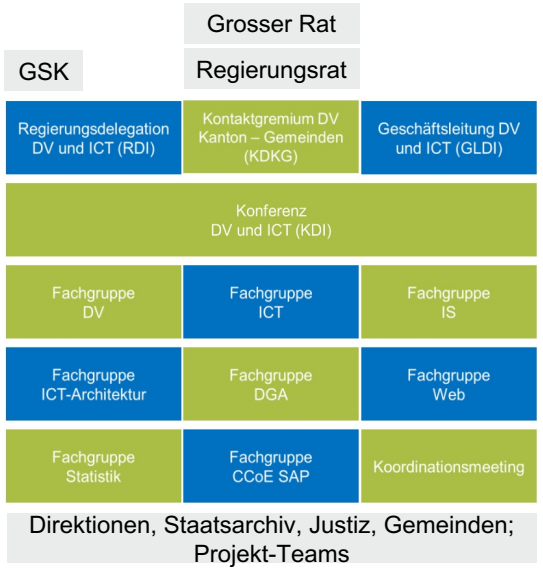
1 Allgemeine Bestimmungen

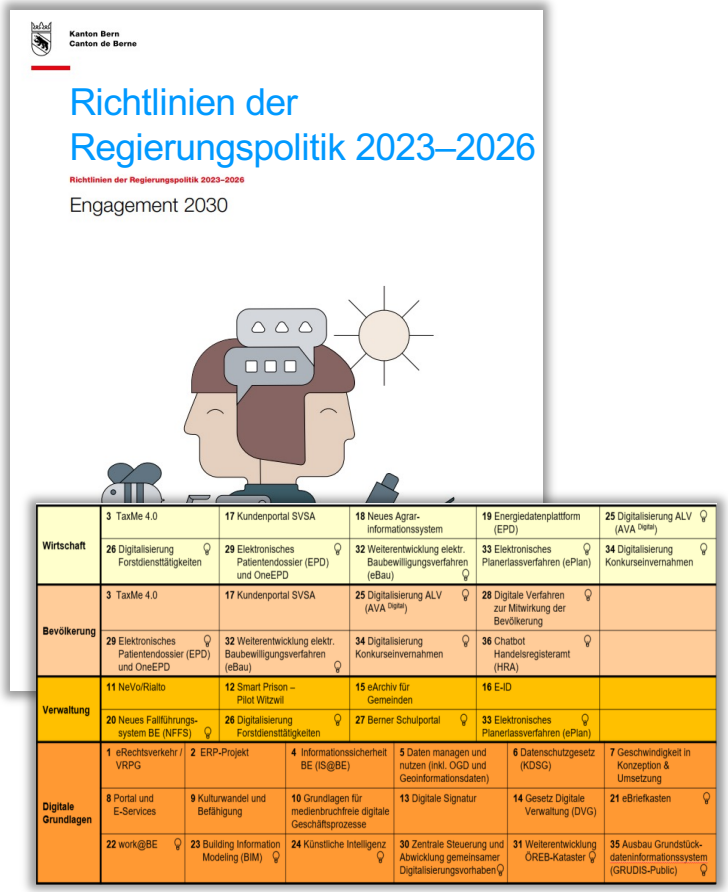
Art. 1 *Gegenstand*
¹ Dieses Gesetz regelt die Grundsätze der Digitalisierung der öffentlichen Ver-
im Kanton und ihres Verkehrs mit Privaten.

¹ Dieses Gesetz
a Die Abläufe der Behörden
vollständig digitalisiert.
b Die Digitalisierung erfolgt wirtschaftlich und effizient. Sie
hörden- und staatsebenenübergreifende Zusammenarbeit.
c Die Daten werden von den zuständigen Behörden einheitlich, koordiniert und gemeinsam bearbeitet.
d Digitale Leistungen sind einfach, sicher, interoperabel und von allen nutzbar.
e Digitale Leistungen schaffen für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung einen Mehrwert und reduzieren deren Aufwand.
f Die Digitalisierung fördert die Attraktivität des Kantons als Lebensraum und Wirtschaftsstandort.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
23-004

DVG seit 1. März 2023 in Kraft, zusammen mit DVV





Juli 2019

Strategie Digitale Verwaltung (DV)

März 2022

Digitalisierungsgesetz (DVG)

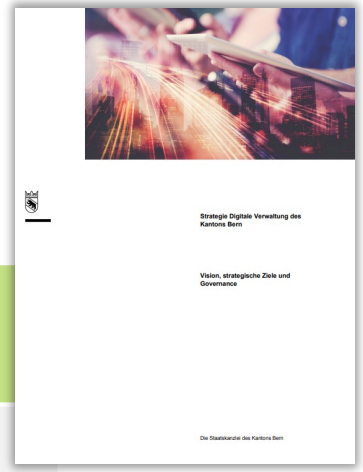
August 2022

Digitalisierungsgremien

Januar/Februar 2023

Richtlinien der Regierungspolitik und 36 Kantonale Schwerpunkte

Strategie Digitale Verwaltung

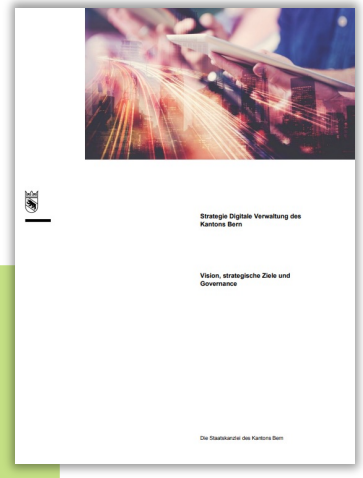


Vision
Die digitale Verwaltung ist selbstverständlich: transparente, wirtschaftliche und medienbruchfreie elektronische Behördendienstleistungen für die Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung.

Strategische Ziele	Dienstleistungs-orientierung & Transparenz	Nutzen & Effizienz	Innovation & Standortförderung	Implementierung & Nachhaltigkeit
Prinzipien	Gesamtsicht, Fokussierung und Priorisierung	Koordination und Kooperation	Interoperabilität und Modularität	Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit
	Prozessoptimierung	Einmalige Erfassung (once only)	Standardmässig digital, Inklusion und Zugänglichkeit	Kulturwandel und Organisations-entwicklung
Handlungs-schwerpunkte	Digitale Dienstleistungen	Rechtsgrundlagen	Zentrale Lösungen	Steuerung und Governance
	Sensibilisierung und Kompetenz	Sicherheit, Sichtbarkeit und Transparenz	Information und Kommunikation	

Strategie Digitale Verwaltung

Strategie Digitale Verwaltung



Vision

Die digitale Verwaltung ist selbstverständlich: transparente, wirtschaftliche und medienbruchfreie elektronische Behördendienstleistungen für die Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung.

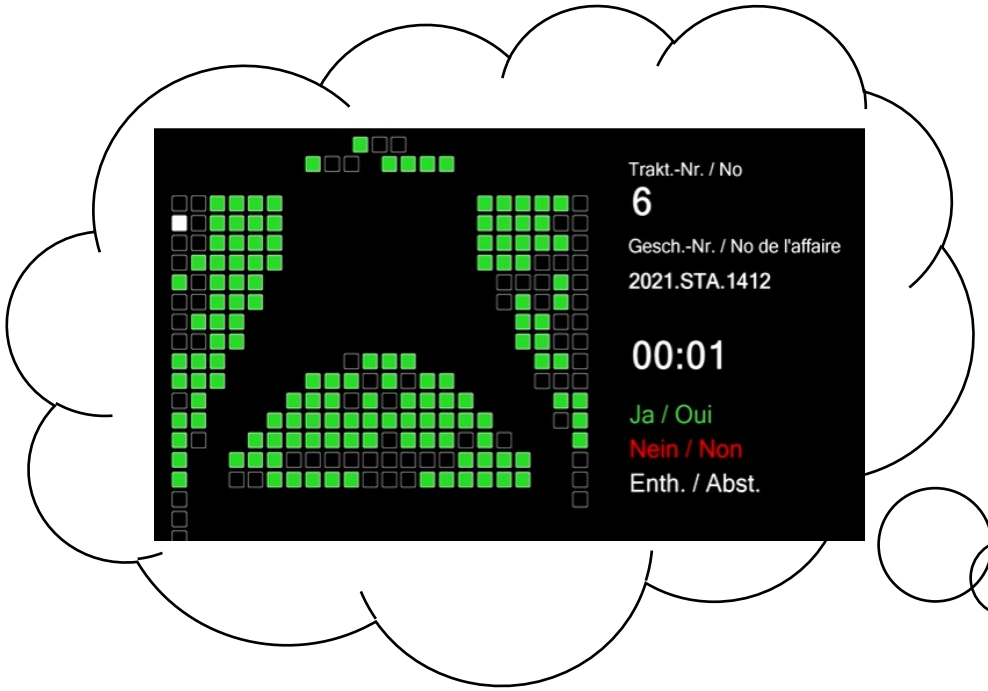
	Prozessoptimierung	Einmalige Erfassung (once only)	Inklusion und Zugänglichkeit	Organisations-entwicklung
Handlungs-schwerpunkte	Digitale Dienstleistungen	Rechtsgrundlagen	Zentrale Lösungen	Steuerung und Governance
	Sensibilisierung und Kompetenz	Sicherheit, Sichtbarkeit und Transparenz	Information und Kommunikation	

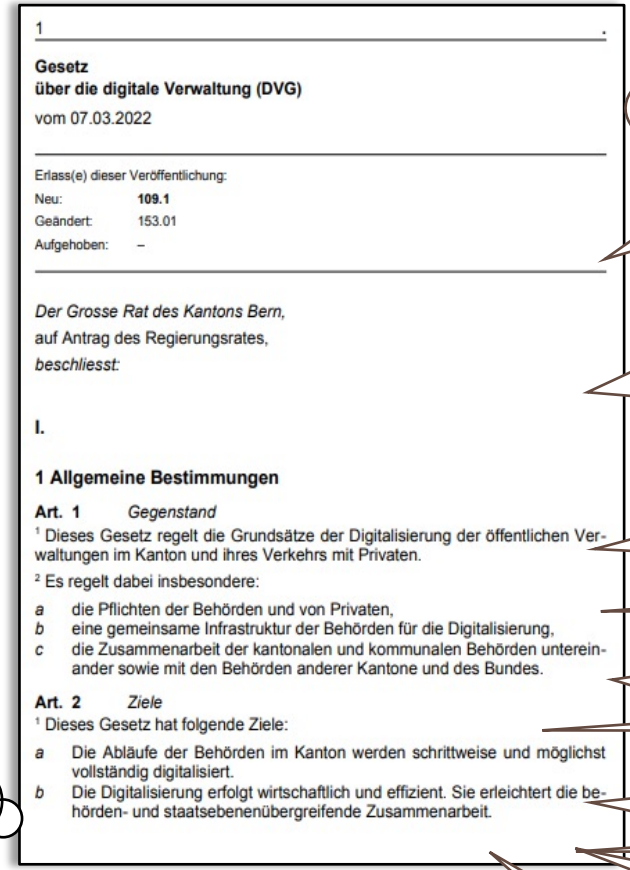
Strategie Digitale Verwaltung

DVG seit 1. März 2023 in Kraft, zusammen mit DVV

Gesetz über die Digitale Verwaltung (DVG)

DVG wurde vom Grossen Rat am 7. März 2022 ohne Gegenstimme verabschiedet.





1

Gesetz
über die digitale Verwaltung (DVG)
vom 07.03.2022

Erlass(e) dieser Veröffentlichung:
Neu: **109.1**
Geändert: 153.01
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Bern,
auf Antrag des Regierungsrates,
beschliesst:

I.

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Gegenstand*
[1] Dieses Gesetz regelt die Grundsätze der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen im Kanton und ihres Verkehrs mit Privaten.
[2] Es regelt dabei insbesondere:
a die Pflichten der Behörden und von Privaten,
b eine gemeinsame Infrastruktur der Behörden für die Digitalisierung,
c die Zusammenarbeit der kantonalen und kommunalen Behörden untereinander sowie mit den Behörden anderer Kantone und des Bundes.

Art. 2 *Ziele*
[1] Dieses Gesetz hat folgende Ziele:
a Die Abläufe der Behörden im Kanton werden schrittweise und möglichst vollständig digitalisiert.
b Die Digitalisierung erfolgt wirtschaftlich und effizient. Sie erleichtert die behörden- und staatsebenenübergreifende Zusammenarbeit.

Art. 2 Abs. 1: Die Abläufe der Behörden im Kanton werden schrittweise und möglichst vollständig digitalisiert.

Art. 5 *Digitales Primat*
[1] Die Behörden handeln, informieren und kommunizieren digital, ausser wenn sie ihre Aufgaben in dieser Form nicht wirksam erfüllen können.

Art. 8 *Pflicht zum digitalen Verkehr mit Behörden*

Art. 10 *Digitale Inklusion*

Art. 12 *Daten*

Art. 14 *Standards und Prozesse*

Art. 15 *Identifikations-verfahren*

Art. 16 *Basisdienste*

Art. 26 *Open-Source-Software und Open Data*

etc.

alle Infos:
www.be.ch/dvg

Digitales Primat im DVG: Das sagt der Regierungsrat

Kanton und Gemeinden handeln und kommunizieren grundsätzlich digital.

Weil die Digitalisierung nur wirksam ist, wenn auf parallele Papierprozesse möglichst verzichtet werden kann, werden Behörden, Unternehmen und professionelle Benutzende zum digitalen Verkehr mit dem Staat verpflichtet. Andere Private erhalten Anreize zur Nutzung des digitalen Verkehrs.

Das DVG stellt auch weitere wichtige Leitplanken für digitale Leistungen auf, wie die digitale Inklusion, die Zweisprachigkeit sowie die Zulässigkeit von Open-Source- und Open-Data-Angeboten des Staates.

Datenschutz und Sicherheit haben einen hohen Stellenwert, um das Vertrauen der Bevölkerung in die digitalen Leistungen des Staates zu gewährleisten. […]

Digitales Primat *Art. 5 DVG, Abschnitt 1 DVV*

Was ist neu?

- «Die **Behörden handeln, informieren und kommunizieren digital**, ausser wenn sie ihre Aufgaben in dieser Form nicht wirksam erfüllen können.» (Art. 5 Abs. 1 DVG)
- **Ausnahmen:**
  - Wenn die **Aufgabenerfüllung digital nicht möglich oder wirksam** ist, kann die Digitalisierung unterbleiben. Darüber entscheiden die einzelnen Behörden. Beispiele: physische Sitzungen von Gremien, Realakte im physischen Raum (Strassen bauen, Arbeit der Polizei ...), Druckerzeugnisse zur Information von Menschen ohne Internetzugang.
  - Leistungen für Personen, die **nicht zum digitalen Behördenverkehr verpflichtet** sind (Art. 8 DVG), müssen ggf. weiterhin *zusätzlich* nicht digital angeboten werden.
  - Die **besondere Gesetzgebung** (Gesetze und Verordnungen von Bund, Kanton, Gemeinden) kann weitere Ausnahmen vorsehen. Dies betrifft u.a. das **Verwaltungsjustizverfahren,** das erst ab 2025 mit einer Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) digitalisiert werden soll.

Das heisst:

- **Alle Geschäftsprozesse, die digital abgewickelt werden *können*, *müssen* digitalisiert werden**. Entsprechende Projekte müssen jetzt auf allen Ebenen (Kanton, Gemeinden, autonome Aufgabenträger) geplant und budgetiert werden.

Geltungsbereich *Art. 3, 4 DVG*

Was ist neu?

- DVG und DVV gelten für **alle Behörden im Kanton**, also:
  - Kantonale Behörden:
    - Regierungsrat und Kantonsverwaltung
    - Gerichtsbehörden, Staatsanwaltschaft, Grosser Rat
  - Autonome Träger kantonaler öffentlicher Aufgaben, wie: Hochschulen, Spitäler, Staatsunternehmen, Organisationen mit kantonalem Leistungsauftrag
  - Einwohner-, Burger- und Kirchgemeinden
  - Autonome Träger kommunaler öffentlicher Aufgaben, wie: Gemeindeverbände, von Gemeinden beherrschte Unternehmen, Organisationen mit kommunalem Leistungsauftrag
- **Gewerbliche Tätigkeiten** sind ausgenommen (also kommerziell operierende Staatsunternehmen wie BEKB, BLS und BKW, sowie die Softwareentwicklung von Bedag).

Das heisst:

- Alle, die im Kanton staatliche Aufgaben wahrnehmen, müssen DVG/DVV beachten.
  (Bestimmte Regeln von DVG/DVV gelten nur für kantonale Behörden.)

Basisdienste *Art. 16-18 DVG, Art. 10 DVV*

Was ist neu?

- Basisdienste sind Dienste, die der Kanton allen Behörden (inkl. autonomen Aufgabenträgern und Gemeinden) als Grundlage ihrer eigenen Digitalisierung zur Verfügung stellt.
- Die Basisdienste werden schrittweise ausgebaut. Derzeit gibt es drei Basisdienste:
  - Anmeldedienst **BE-Login** (Identifikation der Person zur Nutzung digitaler Leistungen)
  - Weitbereichsnetz **BE-Net WAN** (früher BEWAN)
  - virtueller Arbeitsplatz **BE-KWP VDI**.
- Das zuständige Organ der Verwaltung legt Leistungsumfang, Nutzungsbedingungen, Kosten, etc. in einer **Leistungsbeschreibung** fest.
- Der Regierungsrat kann Behörden **zur Nutzung von Basisdiensten verpflichten** (bei Gemeinden nach einem besonderen politischen Prozess). Dies ist zu Beginn nicht vorgesehen.

Das heisst:

- Alle Behörden sollten prüfen, ob die Basisdienste des Kantons ihre eigenen Digitalisierungsvorhaben unterstützen können.
- Wenn ja, sollten sie das KAIO oder die andere zuständige kantonale Behörde kontaktieren.

Bisher...	Neu...
Digitales Handeln der Verwaltung ist **die Ausnahme.**	Digitales Handeln der Verwaltung ist **die Regel.**
Aus rechtlichen Gründen oder aus Unsicherheit werden viele **Geschäftsprozesse** auch oder teilweise **auf Papier** abgewickelt.	Geschäftsprozesse verwaltungsintern, mit Unternehmen oder Berufsleuten können und müssen **rein digital** abgewickelt werden (mit Ausnahmen).
Als rechtlich verbindliche Bestätigung wird meist auf die **Handunterschrift** abgestellt.	In fast allen Fällen können Handunterschriften durch **Bestätigungsvermerke** in Applikationen oder **digitale Signaturen** ersetzt werden.
Die Verwaltung erfasst **Rechnungen und Zahlungen** meist von Hand.	Die Verwaltung kann **digitale Rechnungen und Zahlungen** verlangen.
Die **Gemeinden und andere Behörden** müssen Aufgaben wie Identifikation, Zahlung etc. selbst lösen.	Der Kanton bietet allen Behörden die Nutzung kantonaler Services als **Basisdienste** an.
Verfügungen (Bewilligungen, Ausweise, Zeugnisse ...) mussten meist auf Papier ausgestellt werden.	*Ab ca. 2025:* Nach der Revision des VRPG sind auch **digitale Verfügungen** möglich.

Übergangsfristen *Art. 30 DVV*

Die neuen Regeln von DVG und DVV müssen innerhalb folgender Übergangsfristen umgesetzt werden:

- **Sechs Jahre (bis Q1/2029)** für die Anpassung bestehender ICT-Systeme
  - Dies erlaubt es, die Anpassungen (z.B. Barrierefreiheit, Mobile-Tauglichkeit) im Rahmen des Lebenszyklusmanagements (bei der geplanten Beschaffung neuer Systeme) vorzunehmen
- **Vier Jahre (bis Q1/2027)** für die Beschaffung neuer Systeme (z.B. fehlendes GEVER-System)
  - Dies erlaubt die Einstellung im Budgetprozess und die Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung
  - Empfehlung: Gemeinsame Projekte mehrerer Behörden organisieren!
- **Zwei Jahre (bis Q1/2025)** für die Anpassung von Gemeindereglementen, Verordnungen und verwaltungsinternen Vorschriften
  - z.B. zum Streichen von Bestimmungen, die papiergebundene Abläufe vorsehen
  - Viele kantonale Verordnungen werden mit der DVV entsprechend angepasst
  - Für Vorschriften, die von ICT-Systemen abhängen, gilt die entsprechende Vier- oder Sechsjahresfrist

Das heisst:

- Führungspersonen aller Behörden sollten ihren Handlungsbedarf rasch bestimmen und die nötigen Planungen vornehmen.

Kanton Bern
Canton de Berne

Digitalisierungsgremien

seit Sommer 2022

übergeordnete Steuerung

Grosser Rat

GSK

Regierungsrat

Verwaltungsweite Steuerung, Führung und Koordination der DV und ICT (im Subsidiaritäts-prinzip)

Regierungsdelegation DV und ICT (RDI)	Kontaktgremium DV Kanton – Gemeinden (KDKG)	Geschäftsleitung DV und ICT (GLDI)
Konferenz DV und ICT (KDI)		
Fachgruppe DV	Fachgruppe ICT	Fachgruppe IS
Fachgruppe ICT-Architektur	Fachgruppe DGA	Fachgruppe Web
Fachgruppe Statistik	Fachgruppe CCoE SAP	Koordinationsmeeting

Direktionen, Staatsarchiv, Justiz, Gemeinden; Projekt-Teams

Mitglieder (Auszug):

Erich Fehr, Stadtpräsident Biel/Bienne;
Daniel Bichsel, Präsident VBG;
Jürg Wichtermann, Geschäftsführer VBG

Mitglieder:
DIR/STA/JUS sowie
Barthélémy Rochat, Biel
Daniel Strub, Lyss
Stephanie Wittmer, Wyssachen

Digitalisierungs-Zusammenarbeit mit dem VBG

- regelmässige bilateralen Sitzungen GDV mit VBG
- kantonsinterne Arbeitsgruppe zu Fragestellungen zur Umsetzung des DVG (VBG, GDV, Staatsarchiv, KAIO, AGR, Regierungsstatthalter-VertreterInnen)
  Webseite: Fragen zur Digitalisierung in den Gemeinden (FAQ) im Aufbau
- Koordinationsgremium Digitale Verwaltung Kanton – Gemeinden (KDKG)
- Fachgruppe Digitale Verwaltung (FGDV)

Aktuell im Fokus: Ausgestaltung von Organisationsform, Finanzierungsmöglichkeit und gemeinsamer Roadmap mit Priorisierung und «Leuchtturm-Vorhaben».
Studie wird in Auftrag gegeben mit Empfehlungs-Auftrag.

Schwerpunkte zur Umsetzung Strategie Digitale Verwaltung

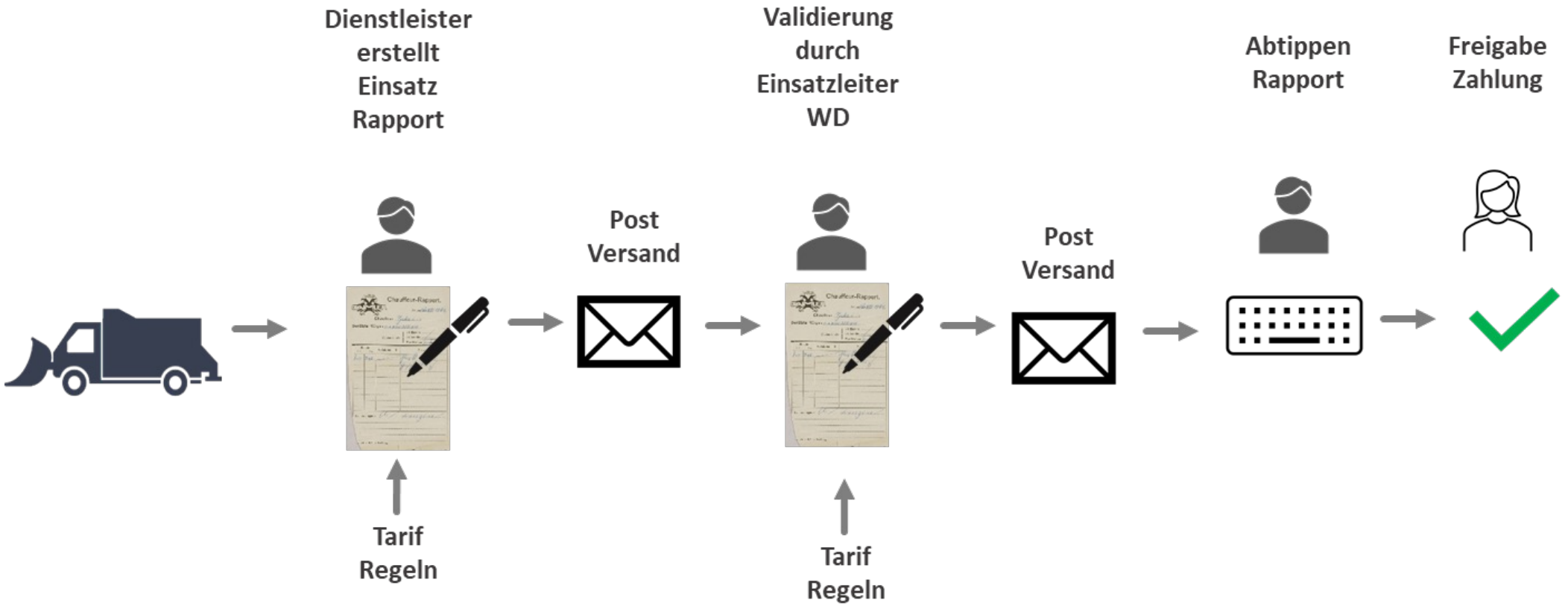
36 Kantonale Schwerpunkte

Legende
💡 = neue Schwerpunkte 2023

Wirtschaft	**3** TaxMe 4.0	**17** Kundenportal SVSA	**18** Neues Agrar-informationssystem	**19** Energiedatenplattform (EPD)	**25** Digitalisierung ALV (AVA Digital)	
	26 Digitalisierung Forstdiensttätigkeiten	**29** Elektronisches Patientendossier (EPD) und OneEPD	**32** Weiterentwicklung elektr. Baubewilligungsverfahren (eBau)	**33** Elektronisches Planerlassverfahren (ePlan)	**34** Digitalisierung Konkurseinvernahmen	
Bevölkerung	**3** TaxMe 4.0	**17** Kundenportal SVSA	**25** Digitalisierung ALV (AVA Digital)	**28** Digitale Verfahren zur Mitwirkung der Bevölkerung		
	29 Elektronisches Patientendossier (EPD) und OneEPD	**32** Weiterentwicklung elektr. Baubewilligungsverfahren (eBau)	**34** Digitalisierung Konkurseinvernahmen	**36** Chatbot Handelsregisteramt (HRA)		
	11 NoVa/Rialto	**12** Smart Prison –	**15** eArchiv für	**16** E-ID		
Digitale Grundlagen	**1** eRechtsverkehr / VRPG	**2** ERP-Projekt	**4** Informationssicherheit BE (IS@BE)	**5** Daten managen und nutzen (inkl. OGD und Geoinformationsdaten)	**6** Datenschutzgesetz (KDSG)	**7** Geschwindigkeit in Konzeption & Umsetzung
	8 Portal und E-Services	**9** Kulturwandel und Befähigung	**10** Grundlagen für medienbruchfreie digitale Geschäftsprozesse	**13** Digitale Signatur	**14** Gesetz Digitale Verwaltung (DVG)	**21** eBriefkasten
	22 work@BE	**23** Building Information Modeling (BIM)	**24** Künstliche Intelligenz	**30** Zentrale Steuerung und Abwicklung gemeinsamer Digitalisierungsvorhaben	**31** Weiterentwicklung ÖREB-Kataster	**35** Ausbau Grundstück-dateninformationssystem (GRUDIS-Public)

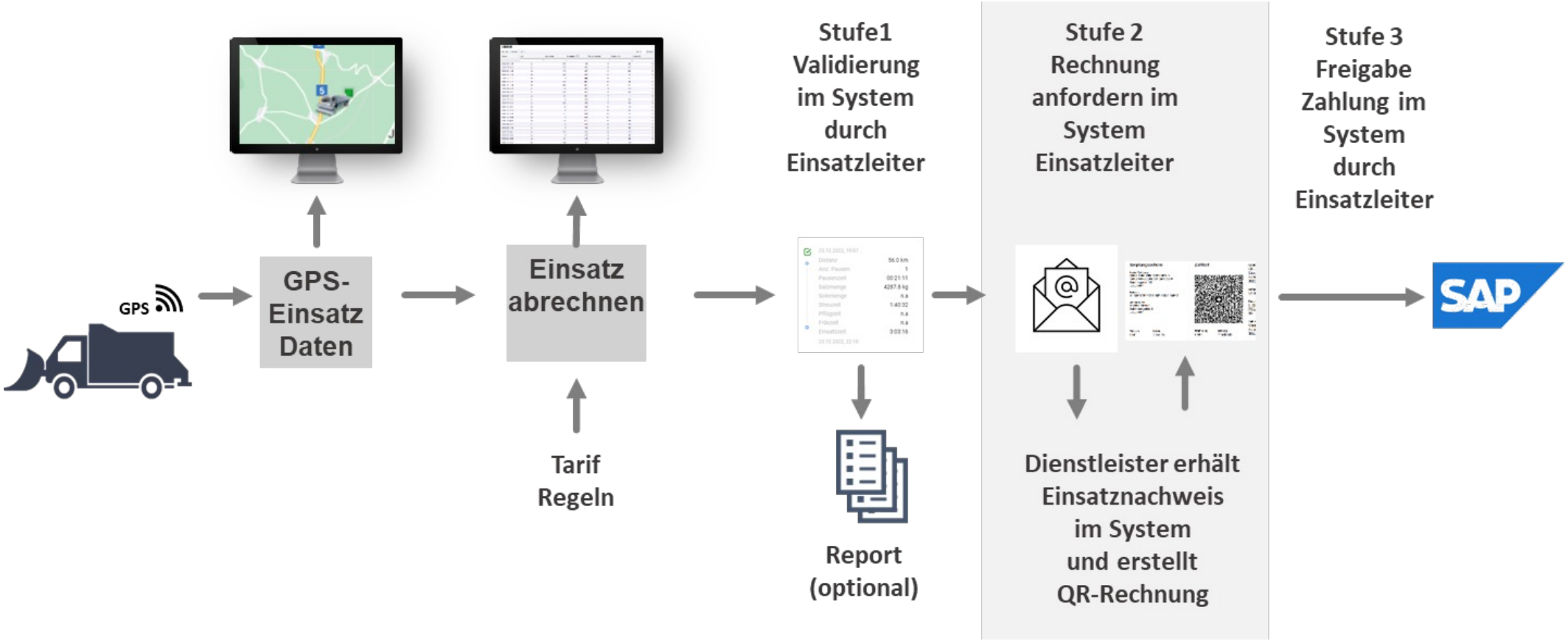
Praxisbeispiel: Winterdienst

Traditioneller Abrechnungsprozess



Praxisbeispiel: Winterdienst

Digitaler Abrechnungsworkflow mit Validierung

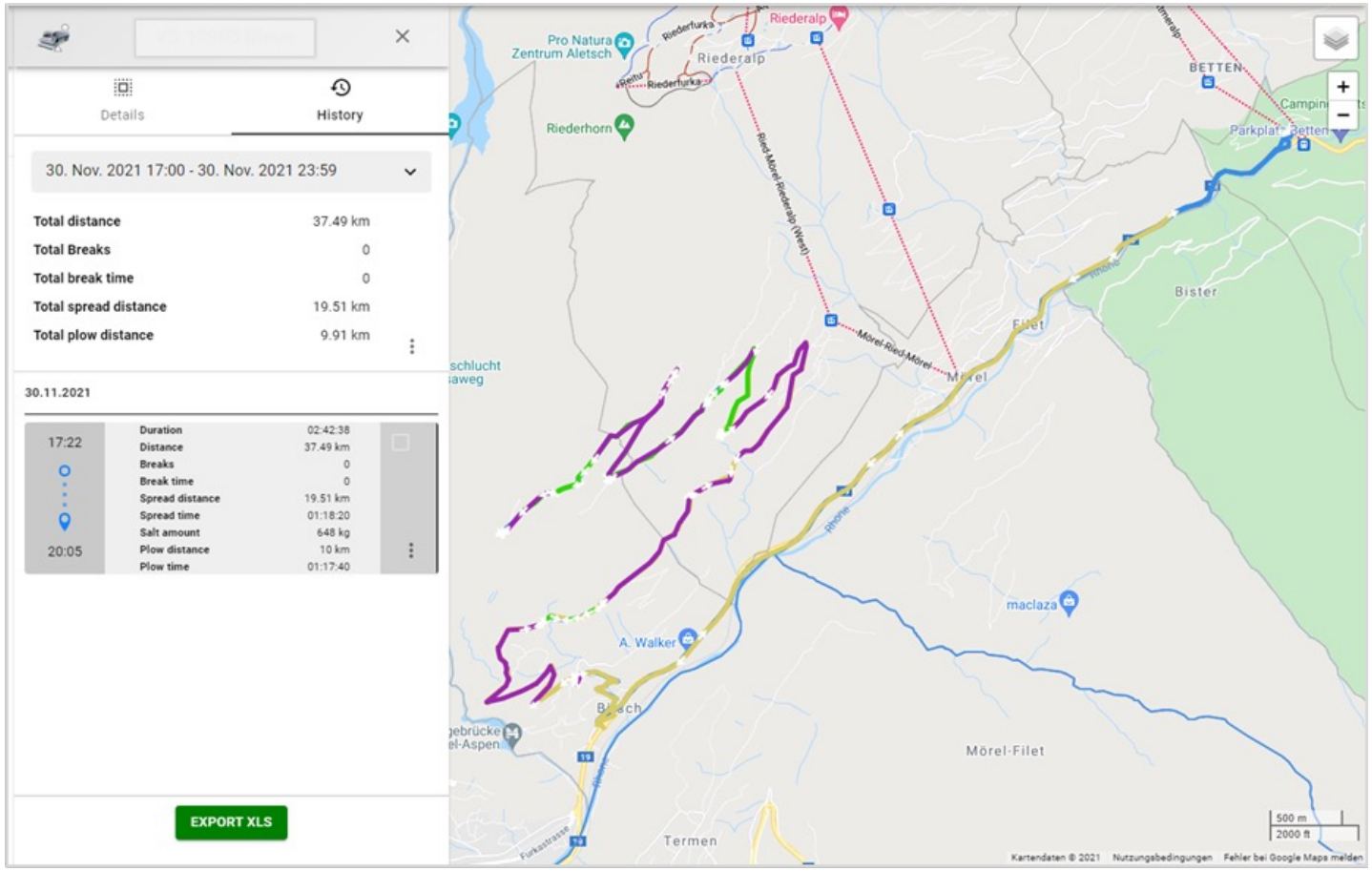


Praxisbeispiel: Winterdienst

Beispiel digitaler Einsatznachweis bei Unfällen

Activität

- Pflug oben / Salzen OFF
- Pflug unten
- Salzstreuen ON
- Kombi-Einsatz



Praxisbeispiel: Winterdienst

Vorteile des neuen Abrechnungsprozesses

- Transparenz für alle am Winterdienst beteiligten Parteien;
- Übersicht über laufende Einsätze;
- Revisionssicherer Nachweis über ausgeführte Winterdienste bei versicherungstechnischen Anfragen nach Verkehrsunfällen;
- Verminderung des administrativen Aufwandes - Fachleute können sich um ihre Kernaufgaben kümmern;
- Datengrundlage für Optimierung des Winterdienstes (Salzmengen, Einsatzzeiten, Kosten pro Strecke, …);
- End-to-End Digitalisierung – von der Erfassung am Fahrzeug bis zur Rechnungstellung; keine Medienbrüche;
- Automatische Kostenzuteilung, Bund/Kanton/Gemeinde auf Basis digitalem Routenverzeichnis.

Alle Informationen auf einen Blick

- Gesetzgebung über die Digitale Verwaltung BE (www.be.ch/dvg)
- Engagement 2030: Richtlinien der Regierungspolitik (be.ch)
- Strategie Digitale Verwaltung (be.ch)
- 36 Schwerpunkte zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung
- Vortrag zu Schwerpunktplanung (aus Regierungssitzung 1.2.2023)
- Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV) (be.ch)
- Webseite: Fragen zur Digitalisierung in den Gemeinden (FAQ)
- Vorlagen für öffentliche Beschaffungen
- Suche der E-Services (be.ch) des Kantons Bern

- Verband Bernische Gemeinden
- Bernische Systematische Information Gemeinden

Kontakt

Michael Kammerbauer
Leiter Geschäftsstelle Digitale Verwaltung
michael.kammerbauer@be.ch

Ka Schuppisser
Stv. Leiterin Geschäftsstelle Digitale Verwaltung
catherine.schuppisser@be.ch